

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements: Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Beilage-Preisliste für 1897 unter Nr. 7487. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erstausgabe täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren

beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 5. November 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Autorität der Marineverwaltung.

In der hochnächsten Weise von der Welt werden seitens der offiziell bedienten Presse alle Einwände gegen das Marine-Septennat mit der billigen Ausflucht zu entkräften versucht, daß die Gegner der Vorlage sammt und sonders gegenüber der Autorität der Marineverwaltung zu schweigen hätten. Gerade wie Bismarck einst dem Abgeordneten Windthorst, der einer Militärvorlage zu opponieren für gut fand, den Rindmohle spöttisch an den Kopf warf, so machen's jetzt die Kleinen Geister, die dem Meister glücklich abgeguckt haben, wie er sich räuspert und spuckt, mit den Gegnern der Marinevorlage. Und wenn irgendwo, so gilt hier wenigstens das neugeflügelte Wort des preussischen Justizministers: Wenn zwei dasselbe thun, so ist es doch nicht dasselbe.

Die Marineverwaltung, die der Staatssekretär des Reichs-Marineamts unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers leitet, erhebt Anspruch auf Autorität dem deutschen Reichstage und Volke gegenüber. Gut. Wir wollen einmal den offiziellen Herrlichkeiten der Subalternenmoral von vornherein recht geben und uns so weit herablassen, daß wir unsere gänzliche Inkompetenz zur Beurteilung der Marinevorlage anerkennen.

Wir wissen, daß der neue Staatssekretär des Reichs-Marineamts, der zufällig Tirpitz heißt, einen Flottenplan vertritt, der innerhalb sieben Jahre 410 Millionen Mark zur Vermehrung der deutschen Kriegsmarine verlangt. Man wird zugeben, daß ein solcher Plan von dem bisherigen Gebrauch, durch den Etat dasjenige zu fordern, was die Marine zur Erfüllung ihrer Aufgaben braucht, abgeht. Denn bisher forderte die Marineverwaltung ihre Positionen im Rahmen des allgemeinen Etats; Tirpitz will aber von vornherein seine Schiffe auf sieben Jahre bewilligt erhalten. Man wird ferner zugeben, daß die Tirpitz'sche Vorlage ein weitausschauender Plan, jedenfalls aber eine besondere Marinevorlage ist. Wer wollte diese Behauptung abstreiten?

Die Marineverwaltung ist so selbstbewußt in ihrem Vorgehen, daß sie die Opposition gegen ihre Pläne sehr gereizt in ihren für sie arbeitenden Organen ongreist und daß die freiwilligen Verteidiger des Marine-Septennats sogar mit einem Konflikt drohen. Und das kann man doch nur, wenn wirklich über die Nothwendigkeit einer Vorlage bei vernünftigen Menschen, erst recht aber bei den kompetenten Fachleuten, auch nicht der leiseste Zweifel bestehen könnte. Nun machen sich aber in der That sehr erhebliche Bedenken über die Bedürfnisfrage des Marine-Septennats geltend.

Nicht wir Laien, die wir nicht Fachleute sind, wagen solche Bedenken zu haben; nicht etwa ein ausgeübter Kapitän oder Admiral kann beurtheilen, was dem Reiche frommt; auch keine Autorität soll der deutschen Regierung entgegengestellt werden. Damit würden wir bei den so selbstbewußten Vertretern der geplanten Marinevorlage keine Beeinträchtigung ihrer Autoritätsprinzipien hervorrufen.

Nein, wir wollen der Autorität der Marineverwaltung niemand anders entgegenstellen, wie eben die Autorität der Marineverwaltung selbst. Hollmann, der frühere Staatssekretär des Reichs-Marineamts, nannte schwarz, was sein Nachfolger Tirpitz heute weiß nennt. Oder: noch vor einem Jahre hatte die höchste Autorität in Marine-Angelegenheiten das abschreckendste Urtheil über die Pläne des Flaggoffiziers, Kontre-Admiral Tirpitz.

Die Marineverwaltung war sich damals ihrer Sache so sicher, daß sie mit dem nämlichen Selbstbewußtsein, mit dem Tirpitz heute seine Pläne als die allein maßgebenden vertritt, die Tirpitz'schen öffentlich im „Reichs-Anzeiger“ desavouiren ließ.

Damals wies der „Reichs-Anzeiger“ in seiner Nummer vom 13. September 1896 auf die Beunruhigung hin, die im Volke auf Grund eines kostspieligen Flottenvermehrungsplanes, der von dem Kontre-Admiral Tirpitz dem Kaiser vorgelegt worden wäre, entstanden sei. Der „Reichs-Anzeiger“ leugnete zunächst, daß die Vorlage eines solchen Planes an den Kaiser stattgefunden habe, verfehlte aber in weiterer Folge dem Flaggoffizier Tirpitz einen nicht mißzuverstehenden Hieb, indem er schrieb: Der Kontre-Admiral Tirpitz ist zu einer derartigen Vorlage nie berufen gewesen und hat sich auch nie in einer Stellung befunden, in der ihm ein Auftrag zur Ausarbeitung einer Marinevorlage hätte zugehen können. Die Heranziehung seines Namens in die Zeitungspolemik dürfte ebenso wenig seinen persönlichen Interessen dienen, wie es den Gepflogenheiten militärischer Tradition in unserem Lande entspricht, einen Offizier in unverantwortlicher Stellung in Gegensatz zu den leitenden Stellen zu bringen.

Die Heranziehung des Namens Tirpitz in die Zeitungs-polemik hat den persönlichen Interessen des damaligen Flagg-Offiziers so wenig geschadet, daß er sich heute vielmehr an der Stelle befindet, von wo sein Plan damals so energisch zurückgewiesen wurde. Denn wie aus dem Artikel des „Reichs-Anzeigers“ weiter hervorgeht, war die Marineverwaltung heute vor einem Jahre noch eine ausgesprochene und entschiedene Gegnerin jeglichen Tirpitz-Planes. Ueber ihn schrieb am nämlichen Tage das amtliche Blatt in amtlichem Auftrag die amtliche Ueberzeugung der Marineverwaltung:

Es liegt nicht in der Absicht der Marineverwaltung, von dem bisherigen Gebrauch, durch den Etat dasjenige zu

fordern, was die Marine zur Erfüllung ihrer Aufgaben gebraucht, abzugehen und den gesetzgebenden Körperschaften einen weitausschauenden Plan oder eine besondere Marinevorlage zu übergeben, die durch die un-überschaubare weitere Entwicklung der Dinge in kürzester Zeit werthlos werden können. Den Versicherungen des Staatssekretärs im Reichstage vor der Budget-Kommission, daß exorbitante Forderungen nicht werden gestellt werden, dieselben sich vielmehr in denjenigen Grenzen halten sollen, die entsprechend der wachsenden Bedeutung der Flotte für die Aufrechterhaltung des Ansehens des Reiches und zum Schutze desselben und seiner Interessen in Krieg und Frieden gezogen werden müssen, sollte von dem deutschen Volke und der patriotisch gesinnten Presse ein höherer Werth beigegeben werden, als den grundlosen Andeutungen über uferlose Pläne, von denen sich die maßgebenden Stellen ferne wissen.“

So dachte und äußerte sich die Marineverwaltung vom vorigen Jahre über die Pläne der Marineverwaltung von heute. Sie war gegen weitschauende Pläne, gegen ein Septennat, gegen Vorlagen, deren Durchführung die gebauten Schiffe infolge der unüberschaubaren weiteren Entwicklung der Schiffs- und Geschütztechnik in kürzester Zeit werthlos gemacht hätte, und sie verlangte damals blindes Vertrauen in die Versicherung ihrer Absichten und Anschauungen. Heute verlangt die nämliche patriotische Presse und der inzwischen avancirte Flagg-Offizier vom vorigen Jahre mit dem nämlichen Rechte wie Hollmann vom vorigen Jahre gleichfalls blindes Vertrauen zu der Versicherung von der Nothwendigkeit des Marine-Septennats.

Greifen wir auf den Anfang unseres Artikels zurück. Wir anerkanntlich rücksichtslos die Autorität der Marineverwaltung in Marine-Angelegenheiten. Wir mußten aber zu unserem Erstaunen die Wahrnehmung machen, daß die Marineverwaltung heute für unumgänglich nothwendig erachtet, was sie gestern noch rücksichtslos verdammt hat. Wem soll nun der arme Laie in seinem Urtheile folgen? Der Marineverwaltung von 1897, der von 1896? Beide Male folgen wir doch der höchsten offiziellen Marine-Autorität?

Man sieht an diesem Widerspruche, was es mit der Autorität der Marineverwaltung auf sich hat. Man kann sie nicht allzu ernst nehmen; sie wechselt von Jahr zu Jahr, und was Tirpitz auf sieben Jahre hinaus verlangt, wird am besten damit zurückgewiesen, daß der Staatssekretär des Reichs-Marineamts unter der gegenwärtigen Regierung überhaupt nicht kompetent und vertrauenswürdig sein kann, für längere, als nur für die aller nächste Zeit seine Forderungen zu stellen. Denn kein Mensch glaubt daran, daß im Jahre 1898 die Marineverwaltung noch die nämlichen Anschauungen und Absichten haben kann, wie die vom Jahre 1897. Was heute weiß ist, wird wohl nächstes Jahr schon wieder schwarz sein. Diese Behauptung erlauben wir uns mit Berufung auf die Autorität der Marineverwaltung.

Politische Uebersicht.

Berlin, 4. November.

— **Strafvollzug.** Es wurde kürzlich berichtet, daß der Bundesrath sich mit neuen Bestimmungen über den Vollzug von Freiheitsstrafen beschäftige. Bedauerlicherweise handelt es sich hierbei, wie jetzt die „Nat.-Ztg.“ erklärt, nicht um einen Gesetzesentwurf, bei dem auch der Reichstag mitzureden hätte, sondern nur um die Aufstellung von Grundsätzen seitens des Bundesraths, zu deren Einhaltung sich die einzelnen Bundesregierungen verpflichten haben. Der Entwurf wird demnächst veröffentlicht werden, und es sollen auf diese Weise, wie dem jetzigen Blatt berichtet wird, manche Härten in der Behandlung der Gefangenen beseitigt werden.

Wir werden sehen, ob der Entwurf wenigstens die häufigsten Härten des heutigen Strafvollzuges beseitigen wird. Hochgespannt sind unsere Erwartungen nicht.

— **Vorbereitung der Handelsverträge.** Dem Reichsamt des Innern ist die Herausgabe einer Sonderstatistik des „Auswärtigen Handels des deutschen Zollgebietes nach Perkontinental- und Westindienländern in den Jahren 1880 bis 1896“ eingeleitet worden. Die Statistik wird eine nach Ländern geordnete, die Ein- und Ausfuhr der wichtigsten Waaren nach Menge und Werth darstellende Zusammenstellung enthalten. Sie erscheint in 23 einzelnen Heften, deren jedes ein oder mehrere Länder umfaßt. Das den Waarenverkehr mit Belgien enthaltende Heft ist bereits erschienen.

Der wirtschaftliche Ausschuss, der dazu bestimmt ist, der Regierung bei den Vorarbeiten für die künftigen Handelsverträge an die Hand zu gehen, ist nunmehr vollständig besetzt. Die drei großen Vertretungen von Industrie, Landwirtschaft und Handel, der Zentralverband deutscher Industrieller, der Deutsche Landwirtschaftsrath und der Deutsche Handelsrat, haben je fünf Delegirte gewählt. Außerdem sind bereits die drei auf die „Zentralstelle für die Vorbereitung der Handelsverträge“ entfallenden Vertreter bekannt; sodann ist in der letzten Ausschusssitzung des Zentralverbandes deutscher Industrieller bestimmt versichert worden, daß der Geh. Kommerzienrath Vogel aus Chemnitz und Kommerzienrath Möller-Bradwebe vom Reichskanzler in den Ausschuss gewählt sind, und schließlich verlannt neulich, daß Freiherr v. Los als Vertreter der Landwirtschaft vom Reichskanzler berufen ist. Es sind demnach schon 21 Mitglieder des Ausschusses bekannt, 25 waren in Aussicht genommen, es würden also noch 4 fehlen.

Die Arbeiter und Vertreter ihrer Interessen bleiben in diesem wichtigen Ausschusse, dessen Arbeiten die Interessen des Proletariats in hohem Maße berühren, ganz unvertreten.

Das ist charakteristisch für unsere Zustände.

— **Wieder findet eine Konferenz zur Erörterung der Getreidepreisnotirungen im preussischen**

Handelsministerium statt. Da die berufsmäßigen Getreidehändler wegen der Ausführung des Börsengesetzes, vor allem wegen des Verbotes des Terminhandels noch immer streiken, dürfte auch diese Zusammenkunft ergebnislos bleiben.

Die „Post-Ztg.“ vermutet vielleicht nicht mit Unrecht, daß die Regierung vor den Wahlen eine Revision des Börsengesetzes nicht in die Hand nehmen könne, nachher aber mit Freunden die Hand dazu bieten werde.

— **Zur Militär-Strafprozess-Reform.** Die „Köln. Ztg.“ will wissen, daß an der Ermöglichung der Einbringung der Vorlage zur Reform des Militär-Strafverfahrens insbesondere der badische Großherzog mitgewirkt habe. Die „Köln. Ztg.“ feiert darob den Großherzog über alle Maßen. Es kann jedoch recht gleichgiltig sein, ob wirklich eine solche Mitwirkung des Großherzogs vorliegt. Wichtig ist allein, daß gegebene Versprechungen eingehalten werden. Dazu mitzuwirken ist kein besonderes Verdienst, sondern elementare Pflichterfüllung.

— **Herr Tirpitz reist zur Zeit an den süddeutschen Höfen herum.** Jetzt ist er in Bayern. Jedenfalls will er bei den süddeutschen Regierungen Stimmung für seine Pläne machen.

— **„Sankt Sedan“.** Unser Parteigenosse Auer übersendet uns folgende Zeilen:

„Die Germania“ zankt sich mit dem protestantischen Pfarrer Kremers aus Kirchenbollenbach herum, welcher in einer Hauptversammlung des Evangelischen Bundes behauptet hat: „das Spottwort von „Sankt Sedan“ entflamme nicht irgend einem Sozialdemokraten, sondern dem stillen, frommen Bischofszimmer des Mainzer Demokratenbischofs v. Ketteler“. Von der „Germania“ angefordert, die Quelle für seine Behauptung anzugeben, schreibt Herr Kremers an das genannte Blatt, er habe die betreffende Angabe entnommen aus Hippold: „Die internationale Seite der päpstlichen Politik“ Leipzig 1895. Flugchriften des Ev. Bundes 115-118, Seite 51 von oben. Hippold bezieht sich auf eine bisher unwidersprochen gebliebene Aeußerung Auer's und auf eine Schrift von Ketteler's vom Jahre 1874.

Die „Germania“ bemerkt zu diesen Angaben: „Kremers beruft sich also mit Hippold auf Auer. Was dieser behauptet, wird er nun beweisen müssen.“

Es berührt mich zwar komisch, plötzlich in einen Kampf zwischen geschorenen und geschittelten Gottesknechten verwickelt zu werden, trotzdem bin ich aber gern bereit, meinerseits das Nothwendige zur Aufklärung beizutragen. In einer von mir am 4. September 1895 gehaltenen Rede, welche unter dem Titel „Sedanfeier und Sozialdemokratie“ im Druck erschienen ist, befindet sich auf Seite 10 folgende Stelle:

„Das Sedanfest war von Haus aus nur ein Parteifest, von Anfang an dazu bestimmt, bestimmten Parteizwecken dienlich zu sein. Auch hierfür ist ein klassischer Zeuge ins Feld zu führen. Der verstorbene Bischof Ketteler von Mainz, ein seiner Kopf und ein in den Gang der politischen Strömungen wohl eingeweihter Mann, äußerte sich in einem Mundschreiben an seine Diözesanpfarre am 19. August 1874 über den Charakter des Sedanfestes folgendermaßen:

„Die Sedanfeier geht nicht vom gesammten deutschen Volk aus, sondern hauptsächlich von einer Partei. Daher entspringt sie nicht dem allgemeinen Volksbewußtsein, sondern ist künstlich gemacht und dient nicht selten Nebenabsichten, welche mit wahrem Patriotismus nichts zu thun haben. Dem Feste fehlt die innere Wahrheit. . . . Durch die Theilnahme an der Feier würden wir unseren Charakter herabwürdigen, denn es wäre doch überaus charakterlos, wenn wir mit tiefem Schmerz im Innern Friedensfeste feiern wollten, nur um lägenhaften Anschuldigungen zu entgehen.“

Wie Herr Hippold — vorausgesetzt, daß sich Herr Kremers nicht irrt — dazu kam, aus dieser Stelle herauszulesen, ich hätte behauptet, Bischof v. Ketteler habe das Wort von „Sankt Sedan“ geprägt, verstehe ich nicht. Was von mir zitierte Mundschreiben hat zu seiner Zeit die Kunde durch die gesammte Presse gemacht und ist dessen Echtheit, meines Wissens, nie bestritten worden.

— **Ein Hohenzollern-Jahrbuch** ist das neueste in der patriotischen Bücherproduktion. Ist das nöthig geworden, weil Kothhorst's Bismarck-Jahrbuch so wenig den Wünschen mancher Patrioten entspricht? Das Hohenzollern-Jahrbuch soll alljährlich herausgegeben werden. Auf Massenverbreitung wird nicht gerechnet, kostet doch das gebundene Exemplar 24 M.

— **Der Minister der öffentlichen Arbeiten** hat einige Erlasse an die Eisenbahn-Direktionen gerichtet, welche einige technische Vorschriften zur Erhöhung der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes enthalten. Die Erlasse beziehen sich auf das ordnungsmäßige Anhalten der Wagen in den Güterzügen, auf die häufigere Untersuchung der Bremsflächen zwischen Lokomotive und Tender und auf die beschleunigte Einführung von Führerzügen auf den Lokomotiven.

— **Eine Eisenbahn-Konferenz** ist heute auf Einladung des Reichs-Eisenbahnamtes im Reichstagsgebäude zusammengetreten. Man will wissen, daß es sich bei dieser Konferenz auch um die Besprechung der Eisenbahn-Unfälle handeln werde. Dies wäre auch sehr nothwendig.

— **Eine freie kirchlich-soziale Konferenz** soll am 9. und 10. November in Wormen stattfinden. Die Namen der Referenten v. Bodelschwingh, Stöcker, Lic. Weber charakterisiren den Geist dieses Konkurrenz-Unternehmens gegen den evangelisch-sozialen Kongress.

— **Die Scharsmacher der Kompagnie Stumm** haben endlich einen großen Erfolg zu verzeichnen, sie haben nun wirklich ein klein wenig scharf gemacht; aber bei ihrem glücklichen Ungeschick haben sie nicht gegen ihre bis auf's Blut gehafteten Feinde, sondern gegen sich scharf gemacht. Wir haben schon darauf hingewiesen, wie die würdige, niedrige demagogische Hege gegen den für die Erhaltung der Koalitionsfreiheit eintretenden Herrn von Rottenburg selbst von der „Kreuz-Ztg.“ scharf abgewiesen wurde. Und nun kommt die überaus zahme „National-Ztg.“, ein Organ, das auch die Interessen der Großindustriellen vertritt, und schreibt:

„In einem Artikel, dessen Ton man nur als Skandalös bezeichnen kann, fährt die „Post“ fort, skandalöses Einschreiten gegen den Rektor der Universität Bonn, Dr. von Rottenburg, zu ver-

Arbeiter! Handwerker! Parteigenossen!

Am 8. November

finden im 3., 8., 10., 12., 14., 19., 21., 25., 26., 28., 32., 34., 38. und 40. Kommunal-Wahlbezirk in der dritten Abtheilung die Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt.

Parteigenossen! Es ist nicht nur unsere Aufgabe, die sozialdemokratischen Sitze wieder zu erobern, wir müssen auch neue Mandate dazu gewinnen. Die dritte Abtheilung, die Abtheilung der Arbeiter und der wirtschaftlich Schwachen, gehört der Sozialdemokratie. Mögen die Mandate der ersten und zweiten Abtheilung den Geldsackinteressen geopfert werden, wir können es bei dem herrschenden Wahlsystem nicht hindern. Aber die Hunderttausende, deren Arbeit erst den Wohlstand und den Reichthum der privilegierten Wähler schafft, haben die Pflicht dafür zu sorgen, daß auch ihre Ansichten im Rothen Hause zur Geltung kommen.

Parteigenossen! Heut herrscht im Rathhaus die freisinnige Bourgeoisie, die erbitterte Feindin der sozialdemokratisch organisirten Arbeiterklasse. Sorgt dafür, daß der sozialistische Gedanke mehr noch wie bisher die Verhandlungen des Stadtparlamentes durchdringt, indem Ihr alles aufbietet, die Mandate der dritten Abtheilung für die Sozialdemokratie zu erobern.

Vorwärts zur Agitation! Vorwärts zum Kampf!

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 4. November, nachmittags 5 Uhr.

Dem verstorbenen Stadtv. Diersch, dessen Beerdigung heute stattgefunden hat, widmet der Vortrager Dr. Langerhans einen ehrenden Nachruf.

Zur Verhandlung steht zunächst der Antrag Labewig und Gen. auf Niederlegung einer gemischten Deputation behufs Verathung über ein den am 18. März 1848 Gefallenen zu errichtendes Denkmal. Bekanntlich war es ein freisinniger Stadtverordneter, Herr Großdeputationspräsident Fährbrich, der durch seinen Widerspruch die Verathung dieses Antrages in der vorigen Sitzung verhinderte.

Stadtv. Perls: Die Antragsteller können sich dem Eindruck nicht verschließen, daß der Magistrat die ihm obliegende Pflicht der Initiative in dieser Angelegenheit nicht so erfüllt hat, wie die Bürgererschaft wünschen muß. Daß er mit dieser politischen Angelegenheit nichts zu thun hätte, kann nicht behauptet werden. Bestreift sich doch der Magistrat bei sonstigen politischen Anlässen keineswegs derselben ängstlichen Zurückhaltung! Auch ist die Ehrung der Märtyrergesellen keine rein politische Angelegenheit. Mit der Feier jenes Tages begehen wir im nächsten Jahre auch das 50jährige Jubiläum der Verfassung. (Zurufe bei den Sozi.) Ob sie gut oder schlecht ist, ist eine Sache für sich. Im Jahre 1848 haben sich die Mitglieder des Magistrats und unserer Versammlung geradezu an die Spitze der politischen Bewegung gestellt! Als die Märtyrerpfeiler um die Verfassung erkungen hatten, waren jene es wieder, die sich mit diesen Kämpfern identifizierten; sie sorgten für die Verfassung, sie erschienen in voller Amtstracht mit der Krone dabei, sie traten für die Hinterbliebenen ein. Es ist lange genug hingezogen worden, die erforderlichen Vorkehrungen für die Ehrung jener Männer zu treffen. Wir haben hier eine Pflicht zu erfüllen; Berlin ist nicht bloß dazu da, militärische und dynastische Festlichkeiten mitzufeiern und dafür das Geld der Steuerzahler zu opfern.

Stadtrath Ramskau: Der Magistrat ist nicht gleichgültig gegen die Angelegenheit gewesen. Schon im Juni hat er eine große Kommission eingesetzt, welche nach den Ferien sofort ihre Verathungen wieder aufgenommen hat. Es ist im Magistrat Beschluß dahin gefaßt worden, sofern der Antrag Labewig Annahme findet, sich an der Verathung in gemischter Deputation zu beteiligen.

Stadtv. Singer: Es ist erkrankt zu hören, daß für diese Angelegenheit im Magistrat von Anfang an lebhaftes Interesse gewaltet hat. Was in der Presse darüber verlautete, stimmte damit nicht überein, vielmehr mußte man zu dem Glauben kommen, daß der Magistrat sich der Lage von 1848 nicht mehr gern erinnert. (Zustimmung.) Wenn der Antragsteller sagt, der Antrag sei auch durch das Jubiläum der Verfassung eingegeben worden, so läßt ihm doch ein Irrthum dabei unter. Die Verfassung von 1848, die man zu feiern alle Veranlassung hätte, ist nicht die geltende, diese datirt erst vom Jahre 1851. (Zuruf: 1850) und diese Verfassung ist auch danach! Wir stimmen für den Antrag, weil wir den Gedenktag der Revolution von 1848 damit feiern wollen und weil wir hoffen, daß die Feier in der Bürgerchaft den Sinn für Freiheit und Recht wieder etwas mehr beleben wird, als es zur Zeit leider der Fall ist. (Beifall.)

Stadtv. Gerstenberg tritt für den Antrag ein; auch er erkennt an, daß das Jahr 1848 im Sinne des Fortschritts zur Freiheit von höchster Bedeutung gewesen ist.

Stadtv. Perls: Es handelt sich nicht sowohl um die Feier des Jubiläums einer bestimmten Verfassung, sondern des Uebergangs zu konstitutionellen Zuständen überhaupt.

Der Antrag wird darauf mit großer Mehrheit angenommen. Ueber den Antrag Borgmann, betreffend die Errichtung von noch zwei städtischen Nieselfeldern zur sofortigen Aufnahme von Lungenerkrankten beiderlei Geschlechts und betreffend den Neubau einer Heilanstalt für Tuberkulöse ist die Ausschussberatung bereits zum Abschluß gelangt. Der Ausschuss, für den Stadtv. Sanitätsrath Kuge referirt, empfiehlt der Versammlung die Annahme des Antrages, den Magistrat zu ersuchen, auf den Nieselfeldern bald möglichst zwei neue Heimstätten für Lungenerkrankte einzurichten. Die Empfehlung des Antrages auf Niederlegung einer gemischten Deputation wegen Erbauung von Heimstätten oder Siechenhäusern für Tuberkulöse wurde dagegen vom Ausschusse abgelehnt. Vom Magistrat ist mitgetheilt worden, daß man in Osdorf und Ruhlsdorf neue Heimstätten in Aussicht genommen hat.

Stadtv. Dr. Jaded: Das Ergebnis der Ausschussberatung bescheidigt uns nach zwei Richtungen nicht, indem unsere grundsätzliche Forderung nach Heimstätten rundweg abgelehnt ist, und weil es andererseits bis 1899 dauern soll, bis die neuen Heimstätten zugänglich sein werden. Uebrigens ließe sich die Einrichtung wohl so beschleunigen, daß die neuen Anstalten schon im Sommer 1898 in Benutzung zu nehmen wären, wenn nur die Versammlung auf den Magistrat einen ordentlichen Druck ausüben wollte. Dem Magistrat kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß er unterlassen hat, mit einer entsprechenden Vorlage schon früher aus eigener Initiative an uns heranzutreten. Bereits im vorigen Jahre war die Uebersiedlung von Malchow und Wankensfelde Thatsache, war der Andrang von Tuberkulösen so groß, daß einzelne 8, ja 10 und 12 Wochen auf die Aufnahme haben warten müssen. Die Verendung von Tuberkulösen nach Görbersdorf und anderen Sanatorien wird von der Verwaltung wegen organisatorischer Schwierigkeiten, die wir nicht für unüberwindbar halten, abgelehnt; auch von der provisorischen Einrichtung von städtischen Bauten und Grundflächen für diesen Zweck will man nichts wissen. Wohl oder

übel wird man aber zu diesem Ausbittelmittel sehr bald greifen müssen. Die Ablehnung auch nur der Erwägung des Vorschlags eines besonderen Sanatoriums für Brustkranke wird von uns noch mehr bedauert. Man hält uns entgegen, daß die Heilbarkeit der Tuberkulose nicht erwiesen, von wirklichen Heilungen nicht sicheres bekannt sei. Dieser Standpunkt wird sogar von Herrn Spinola, der heute nicht hier sein kann, als beifremdlich bezeichnet. Zahlreiche andere große Städte haben solche Sanatorien errichtet, so u. a. München, Nürnberg, Würzburg, Stettin, Worms, Hannover, Stuttgart; in Hamburg sind 250.000, in Leipzig 400.000 M. in jüngster Zeit für diesen Zweck angeworfen worden. Da sollte Berlin nicht mittun? Wie die Dinge liegen, müssen wir eben im Interesse der unbemittelten Tuberkulösen wie im Interesse der Sanierung der Stadt über die Ausschussvorschläge hinausgehen. Wenn die Stadt erst vor einem halben Jahre 250.000 M. zum Fenster hinauswerfen konnte, pour le roi de Prusse, so würde sie sich durch diese Weigerung dem Vorwurf aussetzen, daß sie für die unbemittelten Tuberkulösen nichts übrig hat, als die düstigen Gefilde von Osdorf und von Ruhlsdorf. (Zustimmung.)

Stadtrath Marggraf: Es wird trotz aller Beschleunigung nicht möglich sein, auch wenn mit Dampf gearbeitet würde, vor 1899 die neuen Heimstätten bezugsbar zu machen.

Hierauf werden die Ausschussanträge angenommen.

Von dem städtischen Grundbesitz in Nummelsburg soll eine Parzelle an die Erlöser-Kirchengemeinde zum Zweck der Erbauung einer Krankenhaus-Baracke, eine andere an die Gemeinde Nummelsburg verkauft werden. Nach den bezüglichen Vorlagen sollte ein Preis von 5 bzw. 10,77 M. für das Quadratmeter gefordert werden. Der Ausschuss hat beide Preise für viel zu niedrig erachtet. Im erstern Falle konnte der Preis von 5 M. nahezu einem Geschoß an die Kirchengemeinde gleich; zu einem solchen habe man aber angesichts der Wiederbelebung der verglittenen und verfallenen Konfiskations-Verordnung von 1873 nicht die mindeste Veranlassung. Nach wiederholten Verhandlungen ist der Ausschuss dazu gelangt, für die betreffenden Parzellen einen Preis von 10 M. bzw. 20 M. zu normiren.

Gegen die Erhöhung des Preises von 10 auf 20 M. erhebt Stadtv. Kuhlmann Widerspruch; die Nachbargemeinde würde damit um eine viertel Million stärker belastet, und das könne sie nicht tragen. Redner schlägt vor, den Preis auf 15 M. festzusetzen.

Zu der Diskussion macht auch Stadtv. Stadthagen geltend, daß es doch einen gang unangenehmsten Unterschied machen dürfe, für den Quadratmeter in einem Falle nur 10 und in einem anderen Falle 20 M. zu fordern, wo beide Flächen doch nicht so sehr auseinander lägen. Redner tritt für den Antrag Kuhlmann ein.

Schließlich dringen die Ausschussanträge durch.

Unter 23. Oktober cr. hat der Magistrat die — auf Anregung der Versammlung vom 18. Januar 1896 — durch die Gewerbe-Deputation aufgestellte tabellarische Uebersicht über die Kranken- und Unfallversicherung für die in städtischen Betrieben und im städtischen Dienst beschäftigten Personen zur Kenntnissnahme übersandt.

Es wird vom Stadtv. Ulstein Ausschussberatung beantragt.

Stadtv. Stadthagen: Die uns zugegangene Uebersicht beruht auf einem Beschlusse der Versammlung vom Januar 1896. Es lag damals ein zweiter Antrag von uns vor, für die städtischen Angestellten durchweg Kranken- und Unfallversicherung einzutreten zu lassen, der bis nach Eingang des Materials zurückgestellt wurde. Der gegebene Gang der Verhandlung würde doch nun sein, jenen damals zurückgestellten Antrag zu verhandeln, nicht aber Ausschussberatung zu beschließen. Aus der Vorlage ergibt sich, daß die Stadt etwa 10.679 Angestellte hat, welche keine Beamtenqualität haben, und daß von diesen nicht weniger als 2250 nicht der Krankenversicherung, 8108 nicht der Unfall- und Versicherungspflicht unterliegen. Darunter befindet sich auch das Hilfs- und Wärterpersonal in den Krankenhäusern. In den vielen Fällen, wo derartige Angestellte verunglückten, ist bisher eine Entschädigung höchstens dann und wann durch ein Almosen seitens des Magistrats erfolgt; Rechtsansprüche bestehen für diese zur Zeit nicht. Das muß eben anders werden. Bei großen Kategorien von Arbeitern ist nach der Meinung des Magistrats selbst die Rechtslage zweifelhaft. Auch sind die indirekt von der Stadt Beschäftigten, z. B. die Gehilfen der Geometer, in der Uebersicht gänzlich enthalten. Es würde also jedenfalls zunächst in der nächsten Sitzung über unseren früheren zweiten Antrag zu verhandeln sein.

Stadtv. Ulstein meint, man könne doch sehr wohl die Uebersicht in einen Ausschuss verweisen. Sie ergebe ein trübes Bild von der Art und Weise, wie die Krankenversicherung bei der Stadt durchgeführt oder vielmehr nicht durchgeführt ist. Der einzuführende Ausschuss könnte jedenfalls auch auf die Beschleunigung der Entscheidung über die seinerzeit von der Gewerbe-Deputation angeregte Frage hinwirken, ob nicht von dem durch Gesetz gegebenen Rechte des Erlasses eines Ortsstatuts Gebrauch zu machen wäre, um eine Reihe städtischer Arbeiter und Angestellter Krankenversicherungspflichtig zu machen.

Stadtv. Stadthagen: Das ist ja der Inhalt unseres Antrages vom Dezember 1895, den man im Januar 1896 zurückgestellt hat, um zuvor das statistische Material zu fordern. Und liegt sehr daran, daß ein solches Ortsstatut möglichst rasch zu Stande kommt; aber unser damaliger zweiter Antrag steht ja heute nicht auf der Tagesordnung.

Stadtv. Ulstein erweitert den Antrag auf Ausschussberatung dahin, daß dem event. zu wählenden Ausschusse auch jener zweite Antrag vom Dezember 1895 überwiesen werden soll.

Die Versammlung nimmt diesen so erweiterten Antrag an, Schluß nach 7 Uhr.

Zur Frage der Müllverbrennung. Die Stadtverordneten Jaded, Borgmann, Jablober, Steinert, Dieckhoff, Bernau, Bruns, Stadthagen, Tolkdorf und Dupont haben in der Stadtverordneten-Versammlung folgende Anfrage eingebracht: „Die Unterzeichneten fragen den Magistrat an, wie derselbe sich zur allgemeinen Durchführung der Müllverbrennung in Berlin stellt?“

Die Subkommission der städtischen Verkehrsdeputation beschäftigte sich gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Riefchner 1. mit dem Entwurf eines Vertrages mit der Grundbesitzer- und Baugesellschaft über die von derselben projektierte Bahn Berlin-Hohen-Schönhausen; 2. mit dem Entwurf eines Vertrages mit dem Berliner Dampf-Straßenbahn-Konfession über die von demselben projektierten Straßenbahn-Linien; 3. mit dem Entwurf eines Vertrages mit dem Konfession der südlichen Vorortbahn über die von ihm projektierten Linien. Nachdem sämtliche Paragraphen dieser Verträge durchberathen worden sind, beschloß die Kommission, mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten und dann die Verträge der Verkehrsdeputation zur Genehmigung zu unterbreiten.

Die städtische Schuldeputation hat beschlossen, eine Statistik über die Erwerbsthätigkeit der Schulkinder aufzunehmen. Das Statistische Amt ist ersucht worden, Ermittlungen hierüber und über die voraussichtlich entstehenden Kosten anzustellen.

Lokales.

Parteigenossen im zehnten Kommunal-Wahlbezirk, welche am Sonntag, den 7. November, bei der Flugblattvertheilung helfen wollen, mögen sich morgens 7 1/2 Uhr bei Steing. Wellenlancestr. 74a und bei Bilde, Jossenerstr. 10 einfinden. Diejenigen Genossen, welche am Tage der Wahl thätig sein wollen, müssen sich morgens 8 Uhr bei Bilde, Jossenerstr. 10 melden. Das Komitee.

Parteigenossen, welche im 19. Wahlbezirk bei der am Montag stattfindenden Stadtverordnetenwahl behilflich sein wollen, werden ersucht, sich bei Sandrock, Stallschreiberstraße 12a, und Richter, Dresdenerstr. 105, zu melden; wer im 21. Bezirk sich beteiligen will, wolle sich bei Wörner, Rüstlerstr. 10a, und bei Lenz, Alte Jakobstr. 69, melden.

Achtung! 4. Wahlkreis, Südost! Die Parteigenossen werden ersucht, sich zu der am Sonntag, den 7. November, früh 7 1/2 Uhr stattfindenden Flugblattvertheilung in folgenden Lokalen einzufinden: Erbe, Quoystr. 25, Stadelmann, Falkensteinstraße 7, Bayer, Brangelstr. 181, Sieberstein, Lauffer Platz 12a, Tolkdorf, Görlicherstr. 58, Holz, Ordnauerstr. 3, Seidler, Rottborkstr. 16.

Zu diesen Lokalen liegen zugleich die Wählerlisten zur Einsichtnahme aus. Diejenigen Parteigenossen, welche gewillt sind, am Tage der Wahl sich in den Dienst der Partei zu stellen, haben sich am Montag, den 8. November, früh 7 1/2 Uhr, im Zentralbureau bei Tolkdorf, Görlicherstr. 58, zu melden.

Parteigenossen des 6. Wahlkreises, welche gewillt sind, sich an der am Sonntag früh stattfindenden Flugblattvertheilung zu beteiligen, werden ersucht, sich an dem betreffenden Tage früh 8 Uhr in folgenden Lokalen zu melden: Fr. Dieckhoff, Schwedterstraße 33, für den 32. Wahlbezirk, G. Dieckhoff, Adlerstr. 123, für den 34. Wahlbezirk, E. Ernst, Schwarzkopffstr. 11, für den 38. Wahlbezirk, Joh. Pfarrer, Putzstr. 10, für den 40. Wahlbezirk.

Dente, Freitag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Saale der Norddeutschen Bauerei, Chausseestr. 67/68, eine große öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Arthur Stadthagen einen Vortrag „Der mit dem Rothen Hans“ hält. Wir eruchen die Genossen und Genossinnen, namentlich aber die Wähler der III. Abtheilung des 38. Kommunal-Wahlbezirks, sich recht zahlreich einzufinden. Das Wahlkomitee.

Wahlverein des sechsten Reichstags-Wahlkreises. Die Mitglieder werden ersucht, sich zu der am Sonntag stattfindenden Flugblatt-Vertheilung zur Stadtverordnetenwahl an den bekannten Stellen zahlreich einzufinden. Auch ist es Pflicht derselben, sich, so weit es möglich, am Wahltag den einzelnen Wahlkomitees zur Verfügung zu stellen. Viele Mitglieder haben die Meinung, weil ihre diesbezüglichen Bezirke diesmal von der Wahl ausgeschlossen sind, sich nicht agitatorisch beteiligen zu brauchen. Dies ist ein Irrthum. Geradezu Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes ist es, mitzuarbeiten, damit der Sieg am Montag uns zufällt. Ohne Kampf kein Sieg! Der Vorstand.

Wir machen auf die heute Abend in Feuerstein's Festsaal, Alte Jakobstr. 75, stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam, in der Genosse Alphonse Vorwardt über das Thema: „Die Handlungsergebnisse und die Stadtverordnetenwahlen“ referirt.

Genosse Gustav Daader wurde gestern zur letzten Ruhe bestattet. Einfach und schlicht, wie der Verstorbene gelebt, ging die Beerdigung vor sich. Ein zahlreiches Trauergesolge hatte sich an der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshain eingefunden. Unter den dem Verstorbenen gewidmeten Kranzen bemerkte man zwei besonders große und schöne. Der eine war vom Wahlverein des vierten Wahlkreises (Osten), der andere von den Parteigenossen Berlins gespendet. Kurz nach 3 Uhr setzte sich der aus mehreren hundert Proletariern und Proletarierinnen bestehende Zug in Bewegung, durch die Straßen des Ostens nach dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde, wo sich beim letzten Schein des klaren Herbsttages die Brust über der sterblichen Hülle des wackeren Genossen schloß.

Unser Paracriegenasse, Reichstags-Abgeordneter Richard Fischer hat gestern abermals in der bekannten Angelegenheit...

Rechtsanwalt Freundenthal hielt die rechtlichen Ausführungen des Staatsanwalts in einem eingehenden Plaidoyer für unzutreffend...

Der Rechtskonsulent Franz Deter, der im Stadtheil Moabit eine umfangreiche Praxis betreibt und in früheren Jahren schon wiederholt mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen ist...

Wegen „Ungehör“ vor Gericht wurde gestern der Rechtsanwalt Steinmann vom Schöffengericht am Amtsgericht II in eine Ordnungstrafe genommen...

Die Marktstellen sind für Restaurateure frei. Bekannt sind die mannigfachen Strafprozeße, die auf Verdrängen der städtischen Marktstellen-Verwaltung gegen solche Gastwirthe geführt wurden...

Über den Ausgang des Streiks bei Simon u. Komp. berichtete Hildebrand in einer gutbesuchten Schismacherverammlung, die am 3. November im Lokale „Königshof“ stattfand...

Das Atelier des Malers Liebermann. Max Liebermann, der berühmte Maler, liegt augenblicklich mit der Polizei im Streit. Er beschuldigt sich in der dritten Stockwerk seines Hauses Parierplatz 7 ein Atelier bauen zu lassen...

Verfassungen.

Die National-Sozialen und die Reichstagswahlen. Ueber dieß Thema sprach Herr Nauemann am Mittwoch in einer größtentheils von seinen Anhängern, aber auch zu einem nicht geringen Theil von Sozialdemokraten besuchten Volksversammlung...

Der Redner sagte, es habe sich in den letzten 5 Jahren viel Gefühl allgemeiner Unbehagens im Volke angesammelt. Eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der inneren wie der äußeren Politik mache sich mehr und mehr bemerkbar...

Die innere Lage sei derart, daß das deutsche Volk sich in seinem Vaterlande nicht mehr wie zu Hause fühle. Die politische Freiheit sei die Vorbedingung der sozialen Freiheit. Ehe die Forderungen des wahrhaften Liberalismus nicht verwirklicht seien, könne auch an die Lösung der sozialen Frage nicht gedacht werden...

Das Kaiserthum fernzuhalten aus ihren Händen. Was sie aber gutes haben: die Vertretung des nationalen Gedankens, das machen auch die National-Sozialen sich zu eigen. Letztere seien zwar — wie es jeder Bewegung anfangs geht — noch schwach, sie würden aber weitere Anhänger werden...

Über den Ausgang des Streiks bei Simon u. Komp. berichtete Hildebrand in einer gutbesuchten Schismacherverammlung, die am 3. November im Lokale „Königshof“ stattfand. Die Streikenden hätten sich durch die Thatfache, daß Simon 20 Arbeiter zur Verfügung hatte, bewegen lassen, Einigungs-Verhandlungen anzubahnen...

Die innere Lage sei derart, daß das deutsche Volk sich in seinem Vaterlande nicht mehr wie zu Hause fühle. Die politische Freiheit sei die Vorbedingung der sozialen Freiheit. Ehe die Forderungen des wahrhaften Liberalismus nicht verwirklicht seien, könne auch an die Lösung der sozialen Frage nicht gedacht werden...

Die innere Lage sei derart, daß das deutsche Volk sich in seinem Vaterlande nicht mehr wie zu Hause fühle. Die politische Freiheit sei die Vorbedingung der sozialen Freiheit. Ehe die Forderungen des wahrhaften Liberalismus nicht verwirklicht seien, könne auch an die Lösung der sozialen Frage nicht gedacht werden...

Über den Ausgang des Streiks bei Simon u. Komp. berichtete Hildebrand in einer gutbesuchten Schismacherverammlung, die am 3. November im Lokale „Königshof“ stattfand. Die Streikenden hätten sich durch die Thatfache, daß Simon 20 Arbeiter zur Verfügung hatte, bewegen lassen, Einigungs-Verhandlungen anzubahnen...

Die innere Lage sei derart, daß das deutsche Volk sich in seinem Vaterlande nicht mehr wie zu Hause fühle. Die politische Freiheit sei die Vorbedingung der sozialen Freiheit. Ehe die Forderungen des wahrhaften Liberalismus nicht verwirklicht seien, könne auch an die Lösung der sozialen Frage nicht gedacht werden...

Die innere Lage sei derart, daß das deutsche Volk sich in seinem Vaterlande nicht mehr wie zu Hause fühle. Die politische Freiheit sei die Vorbedingung der sozialen Freiheit. Ehe die Forderungen des wahrhaften Liberalismus nicht verwirklicht seien, könne auch an die Lösung der sozialen Frage nicht gedacht werden...

und ihres Wirkens im Interesse der Kollegen vom Arbeitsnachweis der Unternehmung boykottiert worden seien. Verschiedene Redner gaben dann die unangenehmen Erfahrungen zum besten, die sie mit dem Arbeitsnachweis des Ringes gemacht haben. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Vereinbarungen einverstanden, die die streikenden Arbeiter von der Firma Simon u. K. mit dieser unter dem Drucke der Verhältnisse abgeschlossen haben...“

Die innere Lage sei derart, daß das deutsche Volk sich in seinem Vaterlande nicht mehr wie zu Hause fühle. Die politische Freiheit sei die Vorbedingung der sozialen Freiheit. Ehe die Forderungen des wahrhaften Liberalismus nicht verwirklicht seien, könne auch an die Lösung der sozialen Frage nicht gedacht werden...

Die innere Lage sei derart, daß das deutsche Volk sich in seinem Vaterlande nicht mehr wie zu Hause fühle. Die politische Freiheit sei die Vorbedingung der sozialen Freiheit. Ehe die Forderungen des wahrhaften Liberalismus nicht verwirklicht seien, könne auch an die Lösung der sozialen Frage nicht gedacht werden...

Die innere Lage sei derart, daß das deutsche Volk sich in seinem Vaterlande nicht mehr wie zu Hause fühle. Die politische Freiheit sei die Vorbedingung der sozialen Freiheit. Ehe die Forderungen des wahrhaften Liberalismus nicht verwirklicht seien, könne auch an die Lösung der sozialen Frage nicht gedacht werden...

Die innere Lage sei derart, daß das deutsche Volk sich in seinem Vaterlande nicht mehr wie zu Hause fühle. Die politische Freiheit sei die Vorbedingung der sozialen Freiheit. Ehe die Forderungen des wahrhaften Liberalismus nicht verwirklicht seien, könne auch an die Lösung der sozialen Frage nicht gedacht werden...

Die innere Lage sei derart, daß das deutsche Volk sich in seinem Vaterlande nicht mehr wie zu Hause fühle. Die politische Freiheit sei die Vorbedingung der sozialen Freiheit. Ehe die Forderungen des wahrhaften Liberalismus nicht verwirklicht seien, könne auch an die Lösung der sozialen Frage nicht gedacht werden...

Die innere Lage sei derart, daß das deutsche Volk sich in seinem Vaterlande nicht mehr wie zu Hause fühle. Die politische Freiheit sei die Vorbedingung der sozialen Freiheit. Ehe die Forderungen des wahrhaften Liberalismus nicht verwirklicht seien, könne auch an die Lösung der sozialen Frage nicht gedacht werden...

Die innere Lage sei derart, daß das deutsche Volk sich in seinem Vaterlande nicht mehr wie zu Hause fühle. Die politische Freiheit sei die Vorbedingung der sozialen Freiheit. Ehe die Forderungen des wahrhaften Liberalismus nicht verwirklicht seien, könne auch an die Lösung der sozialen Frage nicht gedacht werden...

Die innere Lage sei derart, daß das deutsche Volk sich in seinem Vaterlande nicht mehr wie zu Hause fühle. Die politische Freiheit sei die Vorbedingung der sozialen Freiheit. Ehe die Forderungen des wahrhaften Liberalismus nicht verwirklicht seien, könne auch an die Lösung der sozialen Frage nicht gedacht werden...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag und Sonntag abends von 6 bis 8 Uhr statt. Lippacher. Die können selbstverständlich für Wahlrecht eintreten. Nehmen Sie den Steuerzettel vom III. District (Zust. bis Septbr.) mit.

